

Berlin, 15.10.2015

## Inhalt

### HANDELS- UND ZOLLPOLITIK

- Handelspolitische Strategie der EU-Kommission verfolgt ehrgeizige Ziele
- Transpazifische Partnerschaft TPP – Konsequenzen für Drittländer
- Die EU und die Philippinen streben Abschluss eines Freihandelsabkommens an

### AUSSENWIRTSCHAFTS-/ZOLLRECHT

- Unionszollkodex Delegierter Rechtsakt – Europäisches Parlament bezieht Position
- Harmonisierung der Sanktionen im Zollrecht – Aktueller Stand

### CSR

- Arbeits- und Entwicklungsminister vereinbaren, gute Arbeit weltweit zu fördern

## HANDELS- UND ZOLLPOLITIK

### Handelspolitische Strategie der EU-Kommission verfolgt ehrgeizige Ziele

Unter dem Titel „Trade for all“ hat EU-Handelskommissarin Malmström am 14. Oktober 2015 ihre neue handelspolitische Strategie vorgestellt. Darin spricht sich Malmström für einen umfassenden handelspolitischen Ansatz aus, der auch die Bedeutung der Menschenrechte und das Postulat einer nachhaltigen Entwicklung betont.

Konsequenterweise hebt die Kommissarin auch die Bedeutung von Importen hervor, ferner die Notwendigkeit von mehr Transparenz bei Antidumpinguntersuchungen. Die konsequente Fortführung bzw. Aufnahme von Handelsverhandlungen mit wichtigen Partnerländern ist weiterhin Teil des Programms.

Auch wenn die Strategie in einigen Punkten – insbesondere im Bereich der Zollpolitik – äußerst vage bleibt, entspricht sie in wichtigen Bereichen durchaus den Vorstellungen der

AVE, die über ihren europäischen Dachverband FTA entsprechenden Input geleistet hatte. Sie finden das 36 Seiten umfassende Strategiepapier unter diesem Link.

Dr. Pierre Gröning/Stefan Wengler

## **Transpazifische Partnerschaft TPP – Konsequenzen für Drittländer**

Nach zehn Jahren harter Verhandlungen haben sich so unterschiedliche Länder wie Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, die USA und Vietnam auf den Abschluss des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens TPP verständigt.

Das Abkommen wird jedoch erst dann angewandt, wenn es von allen Unterzeichnerstaaten ratifiziert ist. Erfahrungsgemäß kann sich ein solcher Prozess über Jahre hinziehen.

Für sensible Produkte wie Textilien ist ein stufenweiser Zollabbau vorgesehen, der zudem an restriktive Ursprungsregeln, nämlich die zweistufige Verarbeitung, geknüpft ist. Benachteiligt im TPP-Raum ist hiervon vor allem Vietnam, das neben Mexico der wichtigste Textillieferant im Bündnis ist. Auf die EU hat diese Tatsache allerdings keinen unmittelbaren Einfluss.

TPP wird den Handel innerhalb der Partnerschaft zweifellos intensivieren – zu Lasten von Bangladesch, Indien, Indonesien und Thailand. Inwieweit die EU als Importeur dies ausgleichen kann, erscheint fraglich. Allerdings dürfte bei der EU der Druck zunehmen, mit Ländern der pazifischen Region weitere Freihandelsabkommen zu schließen.

Dr. Pierre Gröning/Stefan Wengler

## **Die EU und die Philippinen streben Abschluss eines Freihandelsabkommens an**

Im Rahmen von Handelsgesprächen zwischen der EU und den Philippinen Anfang Oktober wurden u.a. die Möglichkeiten eines Freihandelsabkommens zwischen beiden Partnern erörtert. Beide scheinen entschlossen, in absehbarer Zeit offizielle Verhandlungen aufzunehmen. Ein genauer Zeitpunkt steht allerdings noch nicht fest.

Die Philippinen spielen als Lieferland des deutschen Einzelhandels lediglich eine moderate Rolle. Diese Tatsache und die bereits jetzt bestehende Zollfreiheit aufgrund der Gewährung von APS + relativieren die Bedeutung eines solchen Freihandelsabkommens, das wieder einmal zu Lasten des Multilateralismus geht.

Dr. Pierre Gröning/Stefan Wengler

### **Unionszollkodex Delegierter Rechtsakt – Europäisches Parlament bezieht Position**

Sieben Monate vor Inkrafttreten des neuen Unionszollkodex befasst sich derzeit der zuständige

IMCO-Ausschuss im Europäischen Parlament mit dem Delegierten Rechtsakt zum Unionszollkodex.

Es ist davon auszugehen, dass der Ausschuss den Vorschlag der EU-Kommission ohne grundlegende

Änderungen akzeptiert und keine weitere Verlängerung der Beratungsphase bis zum 21. Dezember

2015 beantragt. In diesem Fall würde nämlich auch das rechtzeitige Inkrafttreten des Kodex gefährdet.

Ungeachtet dessen hatten wir uns nochmals an die zuständigen Berichterstatter im Europäischen

Parlament gewandt und das Gespräch gesucht mit dem Ziel, die Anwendung des Vorerwerber-

preises bei der Ermittlung des Zollwerts beizubehalten. Auch das Thema Lizenzgebühren hatten wir

aufgegriffen, um zu verhindern, dass Lizenzgebühren künftig auch dann zum Zollwert gehören sollen, wenn diese an einen beliebigen Dritten und nicht an den Verkäufer gezahlt werden.

Die bisherigen Reaktionen aus dem Parlament sind eher verhalten. Vielmehr soll es Bestrebungen

von Abgeordneten gegeben haben, die auf eine Verschärfung des Kodex abzielten. Dies konnte

jedoch verhindert werden.

Stefan Wengler

### **Harmonisierung der Sanktionen im Zollrecht – Aktueller Stand**

Die EU-Kommission setzt ihre Bemühungen fort, die Sanktionierung von Verstößen gegen das Zollrecht EU-weit zu harmonisieren. Unterstützt wird die Kommission dabei von einer Studie, die London Economics gemeinsam mit PwC auf Veranlassung des Europäischen Parlaments erstellt hat.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass es gute Gründe gebe, die Sanktionierung von Verstößen zu

harmonisieren – vorausgesetzt, es werde zwischen strafrechtlichen Tatbeständen und

Ordnungswidrigkeiten unterschieden. Eine solche Unterscheidung entspricht im Übrigen den Rechtssystemen vieler Mitgliedstaaten und sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten spricht sich bislang gegen die vorgeschlagene Harmonisierung der Sanktionen aus. Ob diese Haltung durch Druck aus dem Europäischen Parlament geändert wird, bleibt abzuwarten.

Stefan Wengler

## CSR

### **Arbeits- und Entwicklungsminister vereinbaren, gute Arbeit weltweit zu fördern**

Die G7-Arbeits- und Entwicklungsminister haben am 13. Oktober mit einer Reihe von ganz konkreten Maßnahmen beschlossen, gute Arbeit weltweit zu fördern und nachhaltig die Lebensbedingungen von Millionen Menschen zu verbessern. Auf Einladung von Andrea NAHLES, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, und Dr. Gerd MÜLLER, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, haben sich die G7-Minister zu einer zweitägigen Konferenz getroffen, um die Initiative "Action for Fair Production" ins Leben zu rufen. Bundesministerin Andrea NAHLES nannte als Beispiel für die ergriffenen Maßnahmen einen globalen Präventionsfonds – den „Vision Zero Fund“ bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der die Arbeitsbedingungen in Produktionsländern grundlegend verbessern soll. Dabei gehe es unter anderem um bessere Arbeitsinspektionen, betriebliche Sicherheitstrainings, besseren Brandschutz und Unterstützung bei der Einführung von Unfallversicherungen. Entwicklungsminister MÜLLER bekräftigte, die Herstellerländer dabei zu unterstützen, menschenwürdige Arbeit durchzusetzen. Das gelte für die Näherin in Bangladesch genauso wie für den Minenarbeiter im Kongo. Die Regierungen der G7-Länder wollen dafür sorgen, dass die Verbraucher wissen, ob ihre Kleidung oder ihr Handy nachhaltig hergestellt sind. In allen G7-Staaten sollen Bündnisse nach dem Vorbild des deutschen Textilbündnisses eingeführt werden. Gut zwei Wochen nach der Verabschiedung der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung durch die Weltgemeinschaft in New York, brachten die Minister und Ministerinnen mit der Erklärung "Action for Fair Production" erste konkrete Schritte zur Umsetzung der vereinbarten Ziele in Elmau auf den Weg. Dazu gehört neben dem „Vision Zero Fund“ die Unterstützung von klein- und mittelständischen Unternehmen bei der Kontrolle ihrer Lieferketten und die Gründung von Nachhaltigkeitsbündnissen. Außerdem solle die Transparenz der Lieferketten erhöht werden und Beschwerdemechanismen eingeführt werden, um Sozial- und Umweltstandards in den Wertschöpfungsketten umzusetzen. Die Konferenz wurde, im Auftrag des BMZ und des BMAS, von der GIZ durchgeführt.

Andrea Breyer

## **IMPRESSUM / KONTAKT**

Außenhandelsvereinigung des  
Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE)  
Mauritiussteinweg 1  
D - 50676 Köln

Tel: +49 (0) 221 92 18 34 - 0  
Fax: +49 (0) 221 92 18 34 - 6  
Email: [info@ave-intl.de](mailto:info@ave-intl.de)  
Internet: [www.ave-international.de](http://www.ave-international.de)

## **ANSPRECHPARTNER**

Jens Nagel, [jens.nagel@ave-intl.de](mailto:jens.nagel@ave-intl.de)  
Tel: 0049/30/590099430  
Stefan Wengler, [stefan.wengler@ave-intl.de](mailto:stefan.wengler@ave-intl.de)  
Tel: 0049/221/92.18.34.13  
Pierre Michael Gröning, [pierre.groening@fta-intl.org](mailto:pierre.groening@fta-intl.org)  
Tel: 0032 2-741 64 03